

Dresdner Volkszeitung

Volltext: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Gehr. Krich, Dresden
und Köpcke Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Ruh der Arbeit“ und „Welt und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Dresden Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Wettinerplatz 10, Dresden Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Briefbeilage 10 Pf.

Nr. 205

Dresden, Freitag den 3. September 1926

37. Jahrg.

Zahlungserleichterungen für Deutschland

Die Reparationskommission zeigt sich entgegenkommend

D. Berlin, 3. September. (Eigener Fundspruch.)

Der Reichsfinanzminister hat mit dem Agenten für die Reparationszahlungen ein Zahlungsabkommen vereinbart, das sich mit der Begleichung der von Deutschland über die eigentliche Reparationssumme hinaus zu zahlenden Summe von 500 Millionen Mark während des dritten und vierten Reparationsjahres befaßt. Diese Mehrzahlung ist, worauf wir bereits hingewiesen haben, die Folge der Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages unter der Führung des deutschnationalen Finanzministers von Schlieffen.

Auf Grund der neuen Vereinbarungen wird zunächst die auf sich verfallene Summe von 500 auf 300 Millionen herabgesetzt. Diese 300 Millionen sind in 12 Monatsraten zu zahlen, beginnend mit dem 5. Oktober dieses Jahres. Die erste Rate beginnt mit 18 Millionen, die weiteren Raten steigen allmählich bis auf 34,8 Millionen als Höchstmonatszahlung. Ein weiteres Abkommen verfolgt den Zweck, der durch die fälligen Zahlungen zu beschaffenden

Schwächung der Flüssigkeit der Reichshauptkasse entgegenzuwirken.

Es bestimmt, daß diese Summen in Zukunft sofort an die Reichshauptkasse abgeführt werden. Die Folge ist, daß die Reichshauptkasse im Monat September nicht nur die aus dem Monat fälligen 180 Millionen verpfändeter Steuern und Zölle erhält, sondern daß ihr der gleiche Betrag auch sofort im Monat September zufließt. Da auf Grund des neuen Abkommens im Monat Oktober 18 Millionen zu zahlen sind, verbleibt der Reichshauptkasse ein Mehr von 162 Millionen Mark. Die Wirkung des Abkommens geht soweit, daß die Reichshauptkasse am Ende des Jahres immer noch um 20 Millionen flüssiger ist, als sie es ohne Abkommen wäre. Im Januar 1928 wird die Reichshauptkasse sogar bauteilhaft um 180 Millionen flüssiger sein als bisher, da ihr die ver-

pfändeten Einnahmen laufend zufließen, die 300 Millionen bis dahin aber abgetragen sind.

Eine weitere Erleichterung ist Deutschland auch insofern zugestanden worden, als die jetzt zu zahlenden 300 Millionen Mark nicht in bar geleistet werden müssen, sondern durch Sachlieferungen auf Grund der Bestellungen aus Frankreich und Belgien abgegolten werden, wodurch für die Reichsfinanzen in den nächsten 12 Monaten eine wesentliche Ersparnis eintritt.

Diese Ersparnis, die für das nächste Etatsjahr 58 Millionen ausmacht, erhöht sich für das Jahr 1928 auf 104,2 Millionen.

Dieses Abkommen, das zum erstenmal eine Ermäßigung einer auf Grund des Dawes-Planes zu entrichtenden Summe auf 60 Prozent vorseht, hat die einstimmige Billigung der Reichsregierung und die Zustimmung der Reparationskommission bereits gefunden. Eine Ratifizierung des Abkommens durch die Parlamente der Mächte kommt nicht in Frage. Es erhält mit seiner Veröffentlichung endgültigen Charakter.

Von zuständiger deutscher Seite wird betont, daß mit diesem Zahlungsabkommen keinerlei Verhandlungen politischer Natur imbergehen, daß das Uebereinkommen lediglich Zeugnis ablegt vom Geiste gegenseitiger Verständigung und Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands. Allerdings hat auch der Generalagent eingesehen, daß die großen Anforderungen, die infolge des Dawes-Abkommens aus Frankreich und Belgien an deutsche Industrieprodukte gestellt werden,

aus den für das laufende Jahr zur Verfügung stehenden Summen nicht befriedigt werden können,

während im nächsten und übernächsten Jahr eine solche Unmöglichkeit nicht besteht. Daher hat sich Deutschland zu dem Zugeständnis bereitgefunden, die Summen für die kleinen Vorkaufsummen bereits von diesem Oktober an abzutragen, während sie eigentlich erst ab nächsten Herbst fällig sind.

Unsre Reichswehr und ihr Minister

Von Karl Mariens

Wenn geben wir heute dem Verfasser der bekannten Denkschrift über die Korruption der Reichswehr-Offiziere für einen Beitrag Raum, der durch die Antwort auf Herrn Gehlers „Dementi“ darstellt.

Wird der Armee hat die Republik noch nie ihre Freude gehabt. Sie blieb Fremdbörper im Staate, sorgsam umhüllt von der eigenartigen Eitelkeit ihrer altpreussischen Offiziere, aufgedeckt von dem Kriegsehnen, den die Massen der „kleinen Leute“ in den endlosen Tagen des Weltkrieges schrien. Vergleichlich wir die deutsche Armee mit der des Reiches, so bleibt nicht viel, was für die Reichswehr als „Kriegsangehörige“ werden könnte — nicht einmal der militärische Kampfwert. Vielleicht hat Herr Gehler recht, wenn er sagt, daß sich die Republikanisierung der Truppe langsam, aber stetig vollzieht. Vielleicht hat er recht, aber es haben sich immer ihren jüdischen Jüdischen Ereignissen abgepflegt, es notwendig erscheinen lassen, das Problem der Reichswehr von anderer Seite zu beleuchten. Eine Sammlung von Dokumenten wurde in diesen Tagen dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegt, in der nicht mehr und nicht weniger enthalten ist, als daß die höheren Gruppen der Reichswehr völlig forumpflegt seien.

Genau handelt es sich bei diesen Privatgeschäften höherer Offiziere um die demoralisierende Zeit der Inflation, einen Umstand, der vielleicht einen Waffenverkauf auf eigene Rechnung menschlich verständlich macht. Man würde aber von einigen Offizieren in der Weise verfahren, daß sie das ihnen zugängliche Heeresgerät mit dem Ziele einer hohen Veranschlagung veräußerten und sich zu der ungläubigen Handlung verleiteten ließen, Staatsgüter in die Hände des Auslandes zu verschleusen. Eine solche dem Auslande eines deutschen Offiziers nicht entsprechende Tätigkeit sollte eine große Anzahl Waffenschlepper an. Auf allerlei Weise und Wege verhandelt sie es, die Unkenntnis ihrer Freunde und Kaufmännischen Dingen auszunutzen und diese Offiziere nicht nur mehr von sich abhängig zu machen. In einer Reichswehrbehandlung des Jahres 1924 wurde unter Eid versichert, daß sich selbst die höchsten Offiziere der Armee den Einflüssen des Schieberwesens nicht hätten verschließen können.

Der Umfang dieser Korruption ist so gewaltig, daß eine Denkschrift an den Reichspräsidenten, an Parlamentarier und Staatsanwälte das einzige Mittel war, dem Material zum annehmbar die notwendige Beschaffung zu verschaffen. Wenn dann Herr Gehler auf eine Presseveröffentlichung eintrifft, so beweist das eine Unachtsamkeit, die einem verantwortlichen Politiker nicht widerprüchlos durchzugehen dürfte. Vielleicht darf man zugunsten des Wehrministers annehmen, daß ihm zum Zeitpunkt der Presseveröffentlichung der Umfang der Denkschrift noch nicht gemeldet war. Sind doch in der Denkschrift Dokumente enthalten, aus denen her-

vorgeht, daß im Wehrministerium selbst schon seit langen Monaten eine Affäre existiert, die sich gerade mit den in der Denkschrift festgehaltenen Korruptionsercheinungen beschäftigt.

Genau ist der Vorwurf, der einigen Offizieren in der Denkschrift gemacht wird, überaus unangenehm für die Reichswehr und ihren Minister; leicht genommen werden darf er nicht. Wenn nun das Wehrministerium von „unqualifizierbaren“ Anwälten spricht, so darf man dahinter das Bestreben vermuten, den in der Denkschrift enthaltenen Einzelheiten mit der unferm Gehler eigentümlichen „Wirkform-feiner-Manier“ zu begegnen. Die Zeit ist noch lange nicht vorüber, in der allen linkspolitischen Persönlichkeiten wegen der lächerlichsten Erfindungen der Prozeß gemacht werden sollte. In dem hier vorliegenden Falle wird Herr Gehler Gelegenheit finden, seine Loyalität der Republik gegenüber zu beweisen, indem er sich selbst für eine peinliche Untersuchung der Geschehnisse einsetzt. Die Verurteilung über Störung der von deutschen Offizieren begangenen Delikte — um solche handelt es sich nach den Angaben ehemaliger Vertrauter des Wehrministers — zu einer Nachfrage machen zu wollen, aber ist eine neue Liquidation der spärlichen Reste überparteilichen Rechts.

Calles macht ganze Arbeit

S. London, 2. September. (Eig. Draht.)

Auf dem mexikanischen Kongress, der in diesen Tagen in Mexiko stattfand, erwiderte Präsident Calles das Programm seiner Regierung für die kommenden Monate. Er äußerte sich bei dieser Gelegenheit u. a. auch über den Konflikt mit den Kirchenoberherren und kündigte ein Kirchengesetz an, das die Tätigkeit der Geistlichen aller Konfessionen umgrenzt. Als Ergebnis des bisherigen Kulturkampfes stellte er die Zahl der von 190 Schulan, 42 Kirchen, 73 Klöster und sieben kirchlichen Erziehungsinstitutionen fest. Von den nächstmerikanischen Geistlichen sind inzwischen 100 des Landes vertrieben worden.

Russisch-afghanischer Vertrag

Aus London wird uns gemeldet, daß zwischen Rußland und Afghanistan ein Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen worden ist. Der Vertrag sieht die Wahrung der Neutralität im Falle eines bewaffneten Konfliktes zwischen einer der vertragsschließenden Parteien und dritten Staaten vor. Er verpflichtet weiter beide Parteien zur Nichtbeteiligung an feindlichen Abkommen zwischen dritten Staaten und die beiderseitige Nichtteilnahme in innere Angelegenheiten sowie Nichtzulassung der Tätigkeit von Elementen aus dem eigenen Gebiet, deren Ziel der Kampf gegen die andere vertragsschließende Partei ist.

Der Weg zur Einheit

Von Peter Garwin

Die russische Krise hat dem europäischen Kommunismus einen schweren Schlag zugefügt, von dem er sich nicht so bald wird erholen können. Die Prozesse der geistigen Umstellungen und des organisatorischen Zerfalls, die seit dem Herbst 1923 „verpöhten“ Revolution in Deutschland nicht zum Stillstand gekommen sind, gewinnen an Umfang und Bedeutung. Durch keinerlei Beschönigungen, Varnätsche und Scherbengerichte kann dieser Prozeß der Zerlegung und des Niederganges aufgeschoben werden.

Zwei Jahre sind es erst her, seit das Haupt der bolschewistischen Unübersichtliche, der unfehlbare Papst des „Dritten Rom“, Sinowjew, die gesamte internationale Sozialdemokratie in Acht und Bann getan hat. Zu ihrer Vernichtung hatte dieser Spaltplatz aus Ueberzeugung und Demagogie von Verus als strategisches Manöver die Taktik der Einheitsfront in den Vordergrund geschoben. Der Kampf mit der Sozialdemokratie, erklärte er anlässlich des deutschen Reichstagswahlkampfes im April 1924, kann endgültig nur entschieden werden auf den Barricaden, im Bürgerkrieg. Zwei Jahre sind es erst her — und wie jenseitig und überheblich muten uns heute diese Worte an! Das Manöver der Einheitsfront hat ein schmächtliches Fiasko erlitten. Von dem Barricadenkampf mit der Sozialdemokratie, der „dritten Partei der Bourgeoisie“, würden sich heute selbst die verhöhrtesten Nachbeter der Moskauer Weisheiten zu sprechen schämen. Und der Urheber dieses genialen strategischen Planes selbst ist über Bord geworfen — als des Menschewismus verdächtig. In seine Adresse richtet nunmehr der Diktator Stalin die drohende Warnung: „Zwei Fraktionen innerhalb der herrschenden Fraktion, das sind zwei Regierungen in potentiellstem Zustand“, d. h. innerparteilicher Krieg, Barricadenkämpfe...

Das Einheitsfrontmanöver endigte mit einer Niederlage. Die Pläne des Bürgerkrieges innerhalb der Arbeiterklasse sind verblüht. Im Moskauer Generalstab der Weltrevolution herrscht große Verwirrung und Konfusion. Gerade dadurch sind aber die Aussichten einer Wiederherstellung der wahren Einheit der europäischen Arbeiterbewegung unter dem Banner des demokratischen Sozialismus gewachsen. Jenes geschichtliche Schicksal, bei dem der äußerste linke Flügel der Arbeiterbewegung des Westens sich unter dem trübenden Joch der in Rußland herrschenden und im Zeichen eines angeblichen Marxismus ihre internationale Politik in ein Werkzeug der nationalen Regierungen diplomatie verhandelnden Partei des kleinbürgerlichen Revolutionarismus befindet, nähert sich seinem Ende. Die internationale Sozialdemokratie, die den Sinn der Einheitsfrontmanöver rechtzeitig erkannt hatte, hat sich nicht hinterwärts überfallen lassen. Sie wies Vordrucke und Zeichnungen zurück; sie ging ihren Weg, indem sie die Klassenpolitik des Proletariats auf die realistische Beurteilung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung gründete. Die Sozialdemokratie wußte, daß der Zusammenbruch des utopischen Bolschewismus unvermeidlich und folglich auch die Rückkehr der vom Kommunismus enttäuschten Arbeiter unter das Banner des demokratischen Sozialismus nicht zu umgehen war.

Das sicherste Mittel zur Wiederherstellung der proletarischen Einheit ist die entschlossene Durchführung sozialistischer Grundzüge in der Innen- und Außenpolitik.

So groß der Einfluß Moskaus auf die kommunistischen Parteien auch ist, so kann man doch den Romanismus im Westen nicht als eine bloße Nachahmung des russischen Bolschewismus hinstellen. Der Bolschewismus im weiteren Sinne ist keineswegs eine spezifisch russische Erscheinung. Der Weltbolschewismus wurzelt tief in dem wirtschaftlichen Zerfall, den sozialen und politischen Verschöbungen, den psychologischen Erschütterungen, wie sie durch den Weltkrieg hervorgerufen worden sind. War der Bolschewismus in Rußland die geschichtlich bedingte Form einer bestimmten Entwicklungsstufe der kleinbürgerlichen, vornehmlich agrarischen Revolution, so ist der Kommunismus in den westeuropäischen Ländern zur Ideologie jener utopisch eingestellten Schichten des Proletariats geworden, die die Erlösung von den Folgen der Weltkatalastrophe in putschistischer Wachtorgreife und sofortiger Durchführung des Sozialismus, ohne Rücksichtnahme auf die objektive Lage und die tatsächlichen Möglichkeiten, suchten. Aber gerade deswegen ist der europäische Bolschewismus nicht etwa ein Nebenprodukt des russischen, und seine Entzerrung und Zerlegung bedeutet keineswegs den automatischen Zusammenbruch und Untergang des Kommunismus im Westen. Nur mit dem Verschwinden der letzten Überreste der Nachkriegsathmosphäre, nur mit der endgültigen Überwindung der Kriegsschmerz wird dem internationalen Bolschewismus der Boden entzogen sein. Die gegenwärtige russische Krise kann die Krise des Kommunismus im Westen, der seine Wurzeln, seine Tendenzen und seine Besonderheiten hat, höchstens vertiefen und beschleunigen.

Es wird dies nicht selten außer acht gelassen. Man stellt etwa folgendes Uebergelegen an: Mögen uns die Moskauer Bolschewisten mit der Ausfuhr ihres Bolschewismus verschonen, mögen sie anerkennen, daß die europäische Arbeiterbewegung ihre besonderen, nichtbolschewistischen Wege zu gehen hat, mögen sie begreifen, daß die Methoden des Bauernstaates unanwendbar sind in den Industrie-

Seite 14
in vorerster
rumpfen
spielen.
Der
agoes
etgehellene
geschicht
auf 100 Mi
ebenfalls
den
aten, um für
zu haben, la
er zur Ver
Entwicklung
n entgeg
ummenwäh
tlichen Sta
d. Die Zu
so gely
zu kommen.
ändert es
in Stun
mann 3. 18
1000
ommen, un
ontjea-Kette
Reichsmat
berz-Stamm
Reichsmat
Vorzugsst
ausf. 240
en Mark re
g-Aktion au
f 12,6 Mi
1. 18. 100
11. abgefe
Ergebnis
mae die Ja
de nicht ab
nd Verica
gibbare fah
Nationalst
300 Reiche
ng den Re
Der Ver
Gefamm
aufgehört
Jahre 1924
über ver
bed: 2. 1
mar: 1. 2
N. 1. 1
des 1919
in.
32
58
ria
35
55
ela
78
h
300
135
225
300
5

ALTE